

Frank Decker

Neuere Entwicklungen in der Rechtspopulismusforschung

1. Einleitung

Seit Mitte der achtziger Jahre ist es in zahlreichen westeuropäischen Ländern zur Etablierung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie gekommen, für die sich in der Wissenschaft und im journalistischen Sprachgebrauch der Begriff „rechtspopulistisch“ eingebürgert hat. Als Front National, Lega Nord, Vlaams Blok und FPÖ in ihren Ländern auf den Plan traten und die ersten spektakulären Wahlerfolge erzielten, war man noch geneigt, dies als eine flüchtige Protesterscheinung abzutun, wie es sie in den westlichen Demokratien – auch in populistischer Gestalt – schon immer gegeben hatte. Es herrschte also die Erwartung, dass die neuen Parteien über kurz oder lang wieder auf Normalmaß zurückgestutzt werden bzw. aus den Parteiensystemen ganz verschwinden würden. Die weitere Entwicklung sollte dies gründlich widerlegen. Nicht nur, dass die Pioniere des neuen Populismus ihre Stellung halten und sogar noch weiter ausbauen konnten. Das Phänomen begann sich nun auch auf andere Länder zu erstrecken und die gesamte Sphäre der elektoralen Politik zu umfassen. Sieht man von einigen Ländern an der westeuropäischen Peripherie ab (Großbritannien, Irland, Spanien, Griechenland), sind die rechtspopulistischen Herausforderer heute in Europa nahezu flächendeckend präsent. In Dänemark und Norwegen feierten die Neugründungen schon in den siebziger Jahren Erfolge, an die sie – nach einer Durststrecke – ab Ende der achtziger Jahre mit einer veränderten programmatischen Agenda anknüpfen konnten. In anderen Fällen entpuppten sich die populistischen Vertreter als erfolgreiche Nachahmer und Nachzügler, so z.B. in der Schweiz, wo die Volkspartei unter Christoph Blocher ihre Wandlung zum Populismus erst in den neunziger Jahren vollzog und in der Folge zur stärksten Partei des Landes avancierte. In Italien war Silvio Berlusconi dieses Kunststück schon vorher gelungen. Die von ihm 1994 gegründete Sammlungsbewegung Forza Italia traf freilich auf besonders günstige Bedingungen, konnte sie doch in ein elektorales Vakuum hineinstoßen, das nach dem Totalzusammenbruch des italienischen Parteiensystems Anfang der neunziger Jahre entstanden war. Besonders spektakulär geriet der weitere Aufstieg des Niederländers Pim Fortuyn, dessen neu gegründete Partei bei den nationalen Parlamentswahlen im Jahre 2002 aus dem Stand 17 Prozent der Stimmen erzielte – in einem Land, in dem die Bedingungen weit weniger günstig schienen und rechtsextreme oder -populistische Parteien bis dahin kaum eine Rolle gespielt hatten. Schließlich machte der Populismus auch vor den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas nicht halt. Hier sorgten die Verwerfungen des Systemwandels und eine noch ungefestigte Parteienlandschaft dafür, dass potenzielle Newcomer sich den Unmut der Wählerschaft zunutze machen konnten.

War das Interesse der Politikwissenschaft an den neuen Parteien anfangs eher spärlich, so setzte nach einer zehnjährigen Verzögerung Ende der neunziger Jahre ein regelrechter Boom in der Populismus-Forschung ein, der bis heute nicht abgerissen ist. Dass sich das Phänomen auch in der allgemeinen Publizistik großer Aufmerksamkeit erfreuen würde, war ohnehin zu erwarten, kamen und kommen die schillernden Anführer der populistischen Parteien in ihrer Fähigkeit zur Selbstdarstellung doch den journalistischen Sensations- und Neuigkeitsbedürfnissen hervorragend entgegen (vgl. z.B. Jungwirth 2002). Die wissenschaftlichen Arbeiten lenkten den Blick demgegenüber stärker auf die Ursachen des Populismus, wobei sie nur zum Teil auf bewährte Konzepte der Parteiensystemanalyse (wie z.B. die Cleavage-Theorie) zurückgreifen konnten. Wie in anderen Feldern der Komparatistik machten die länderbezogenen Fallstudien hier das Gros der Literatur aus, doch entstanden daneben auch eine Reihe von länderübergreifenden Vergleichsdarstellungen – in

monografischer oder Sammelbandform –, von denen sich allerdings nur ein Teil des Populismuskonzepts bedienten (z.B. Werz 2003, Scharsach 2002, Decker 2000, Betz / Immerfall 1998, Taggart 1996, Pfahl-Traughber 1994, Betz 1994), während die meisten Autoren den Begriff der radikalen oder extremen Rechten vorzogen (vgl. z.B. Hainsworth 2000, Minkenberg 1998, Kitschelt / McGann 1995, Harris 1994, Merkl / Weinberg 1993, Ford 1992, Kirfel / Oswald 1991, Cheles / Ferguson / Vaughan 1991, Greß / Jaschke / Schönkäs 1990).

Seit Ende der neunziger Jahren zeigt sich die Forschung zum Populismus breit ausgefächert. Die Ausdehnung des Phänomens auf Mittel- und Osteuropa erweiterte das empirische Material dabei ebenso wie der fortbestehende Erfolg der rechtspopulistischen Vertreter in den etablierten westeuropäischen Demokratien, die sich in einigen Ländern sogar anschickten, Teil der nationalen Regierung zu werden und damit unmittelbaren Einfluss auf die Geschicke ihrer Länder nehmen konnten. Hatten die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich, der Anfang des Jahres 2000 eine heftige europaweite Reaktion gefolgt war, und die Bildung einer rechtspopulistischen Dreierkoalition in Italien unter Silvio Berlusconi die neuen Herausforderer bereits ins Scheinwerferlicht gerückt, so sorgten der Aufstieg des früheren Amtsrichters Ronald Schill in Hamburg, die Fortuyn-Bewegung in den Niederlanden und der Erfolg des Rechtsextremisten Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2001 und 2002 für noch mehr Diskussionsstoff. Was Mitte der achtziger Jahre als elektorale Randerscheinung begonnen hatte, schien sich jetzt zu einer handfesten Revolte gegen die etablierten Parteien auszuwachsen, die für das demokratische System selbst bedrohlich werden konnte.

Mit der Beständigkeit des Populismus hat sich auch der wissenschaftliche Blick auf das Phänomen verändert. Die Populismusforschung ist aus dem engeren Bereich der Parteiensystemanalyse herausgewachsen. Politikwissenschaftlich bewegt sie sich heute in einer breiteren real- und ideengeschichtlichen Perspektive, wobei zum einen die ideologischen Inhalte und zum anderen das Verhältnis des Populismus zur Demokratie ins Zentrum der Betrachtung rücken (Taguieff 2002, Mény / Surel 2002, Hermet 2001, Taggart 2000). Zugleich hat das Phänomen das Interesse anderer Disziplinen wie der Sozialpsychologie oder der Sprachwissenschaften auf sich gezogen, deren Befunde die politologischen Analysen ergänzen (vgl. z.B. Eismann 2002, Hauch / Hellmuth / Pasteur 2002).

Ein regelrechter Perspektivenwechsel hat sich mit Blick auf die ideologische Qualität des Populismus vollzogen. Wurden rechtsradikale oder -extremistische Parteien von jeher unter ideologischen Gesichtspunkten betrachtet, so überwog bei der Analyse der populistischen Vertreter anfangs die Auffassung, dass diese zwar ebenfalls dem rechten politischen Spektrum zugeordnet werden müssten (wenn auch nicht in allen Fällen dessen äußerem Rand), dass sie aber ideologisch ansonsten nur schwer zu fassen seien. Manche Autoren sahen und sehen es geradezu als Wesen des Populismus an, dass er inhaltlich nicht klar festgelegt sei und deshalb Verbindungen mit ganz unterschiedlichen Ideologien eingehen könne (z.B. Neu 2004, Pfahl-Traughber 1994, Betz 1994). Der Populismus erscheint aus dieser Warte eher als ein Stilmittel, das ideologische Qualität allenfalls im funktionellen Sinne gewinne: beim Versuch, das Volk für die eigenen Machtbedürfnisse einzuspannen. Populistische Parteien und Politiker seien deshalb ihrer Natur nach opportunistisch.

Betrachtet man einige der historischen Populisten in der Rückschau, so scheinen die Gemeinsamkeiten in der Tat mehr auf formalem denn auf inhaltlichem Gebiet zu liegen. Das Verhältnis von Form und Inhalt ist jedoch kein sich wechselseitig ausschließendes. Gerade der Populismus macht deutlich, dass die Form, indem sie auf bestimmte inhaltliche Auffassungen zurückverweist, selbst ideologische Qualität annimmt. Dies gilt sowohl für die *diskursive* Form – die Technik der Ansprache und Überzeugung – als auch für die *organisatorische* Form – Aufbau und Funktionsweise einer populistischen Partei –, die nach

Ansicht der genannten Autoren den Kern des Populismus ausmachen. Eine Betrachtungsweise, die diesen auf ein formales Prinzip reduziert, greift insofern zu kurz.

Abhandlungen zum Populismus beginnen für gewöhnlich mit einer Diskussion darüber, ob dieser als wissenschaftliche Kategorie überhaupt tauglich sei. Dass der Populismusbegriff höchst wertgeladen ist und gerne als Waffe in politischen Auseinandersetzungen benutzt wird, hat er mit anderen politikwissenschaftlichen Begriffen gemein – dass allein kann also noch kein Grund sein, ihn für den wissenschaftlichen Gebrauch abzulehnen. Das eigentliche Problem liegt in der Unschärfe und scheinbaren inhaltlichen Beliebigkeit des Populismus, der historisch und gegenwärtig auf ganz unterschiedliche Gruppen, Personen, Ideologien, Verhaltensweisen und Äußerungsformen angewandt worden ist (Decker 2004: 23 ff.). Zieht man die Facetten ab und bildet man aus den unterschiedlichen Spielarten eine Schnittmenge, so stehen im Zentrum des Populismus-„Syndroms“ der Rekurs auf das einfache „Volk“ und die Kritik am „Establishment“. Gemeint sind dabei, wenn vom Volk die Rede ist, immer die kleinen Leute, deren Wohl durch die herrschenden Eliten angeblich verletzt wird. Das Weltbild der Populisten entspricht mithin einer klaren Feindlage: hier das rechtschaffene Volk, dort die bösen Konzerne, Parteien, Regierungsapparate und sonstigen Machtblöcke, die sich gegen dessen Interessen verschworen haben. Dem korrespondiert die romantisierende Verklärung früherer Zustände, des Ideals einer gewachsenen und überschaubaren Gemeinschaft, die vom Staat gegen Übergriffe geschützt wird (Canovan 1981: 290 ff.).

2. Der neue Rechtspopulismus

Es ist evident, dass im Rahmen einer solchen Definition eine Vielzahl von Erscheinungen als „populistisch“ apostrophiert werden kann. Eine wissenschaftlich sinnvolle Verwendung des Konzepts setzt darum voraus, dass man diese Erscheinungen in zeitlicher, räumlicher und sachlicher Hinsicht eingrenzt. Der Begriff des „neuen Rechtspopulismus“ leistet eine solche Eingrenzung. Er bezieht sich auf Parteien und Bewegungen rechter politischer Orientierung, die in den westlichen Demokratien in etwa zur gleichen Zeit – seit Mitte der achtziger Jahre – entstanden sind und ihren Durchbruch erzielt haben. Parteien vergleichbarer politischer Ausrichtung werden in der Politikwissenschaft für gewöhnlich als „Parteienfamilie“ apostrophiert. Ausgangspunkt ist dabei die Zuordnung nach ideologischen (faschistisch, konservativ, sozialdemokratisch, kommunistisch usw.) oder Richtungsmerkmalen (links, rechts), von denen wiederum bestimmte Rückschlüsse auf die Wählerbasis und Organisationsstruktur gezogen werden können. Legt man diese drei Kriterien zugrunde, erweist sich der Populismus auf allen Ebenen als aussagekräftiges Konzept. In ideologischer Hinsicht lässt er sich als Rechtspopulismus konkretisieren, über seine Wählerbasis verweist er auf einen bestimmten gesellschaftlichen Entstehungshintergrund und als parteipolitischer Akteur charakterisiert ihn eine bestimmte Organisationsstruktur und Form des Auftretens. Gerade letzteres kann verdeutlichen, worin das Neuartige der in den achtziger Jahren aufgekommenen Rechtsparteien besteht. Der Populismusbegriff dürfte sich dazu besser eignen als die Begriffe „radikal“ oder „extrem“, die auch auf die Vorläufer der alten Rechten angewandt worden sind.

Auch innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums ist die Bandbreite der vorfindbaren Erscheinungen groß (Scharenberg 2005). Sie reicht von eindeutig extremistischen Parteien wie dem französischen Front National über die radikal-libertäre Variante des Fortuyn-Populismus in den Niederlanden, von der manche bestritten haben, dass man sie überhaupt als „rechts“ qualifizieren kann, bis hin zum ideologisch gemäßigeren und stärker angebotsseitig geprägten *Berlusconismo* in Italien. Letzteren könnte man mit Fieschi und Heywood (2004) auch als „Unternehmerpopulismus“ (*entrepreneurial populism*)

bezeichnen, um ihn von den herkömmlichen Spielarten des „Anti-System-Populismus“ abzugrenzen. Die Unterschiede spiegeln sich dabei auch in den Einstellungen der jeweiligen Unterstützer wider, die im Falle der Anti-Parteien-Parteien starke Entfremdungsgefühle gegenüber dem politischen System aufweisen, während die Haltung der Berlusconi-Wähler zur Politik eher durch Zynismus gekennzeichnet ist.

a) Ursachen und Entstehungshintergründe

Das in etwa zeitgleiche Aufkommen der rechtspopulistischen Herausforderer in den achtziger Jahren lenkt den Blick auf die gemeinsamen, länderübergreifenden Ursachen. Dass es sich bei den neuen Rechtsparteien um eine Folgeerscheinung gesellschaftlicher Modernisierungskrisen handelt, ist keine sonderlich neue Erkenntnis. Populistische Bewegungen, die gegen die Konsequenzen von Modernisierungsprozessen zu Felde ziehen, hat es auch schon zu früheren Zeiten gegeben – man denke nur an die Ausgangs des 19. Jahrhunderts in den USA entstandene Populist Party (der das Phänomen seinen Namen verdankt) oder die Poujadisten in der IV. Französischen Republik (Decker 2000: 26 ff.). Die heutigen Modernisierungsfolgen unterscheiden sich von ihren historischen Vorläufern freilich in einem entscheidenden Punkt: Handelte es sich früher um räumlich und zeitlich versetzte Erscheinungen, so rücken im Zeichen der Globalisierung die Gesellschaften in ihrer Problembetroffenheit immer mehr zusammen. Die Globalisierung ist deshalb zu einer Chiffre der Systemkritik ganz unterschiedlicher (nicht nur rechter) ideologischer Positionen geworden, die für die künftige Entwicklung der Demokratie großen Zündstoff birgt. Hier liegt der Hauptgrund für die Parallelität des Parteiensystemwandels in den einzelnen Ländern und zugleich eine Erklärung dafür, dass die Populisten – anders als noch in den achtziger Jahren erwartet oder erhofft – von der politischen Bildfläche nicht wieder verschwunden sind.

Desintegration und Fragmentierung bilden den gemeinsamen Nenner der globalisierten Moderne, deren Negativseiten sich in groben Umrissen so darstellen (Loch / Heitmeyer 2001):

- *Ökonomisch* münden sie einen allmählichen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen, der die Polarisierung zwischen Arm und Reich verschärft und wachsende Teile der Mittelschicht mit Abstieg bedroht (Dahrendorf 2000). Die Betroffenen müssen dabei nicht zwingend objektive Verluste erleiden (des Einkommens oder des Arbeitsplatzes). Entscheidend ist das Gefühl der eigenen Benachteiligung, das sich aus der Orientierung an bestimmten Erwartungen oder Referenzgruppen ergibt. Ein solches Gefühl kann sich auch bei Gewinnern einstellen, wenn sie glauben, im Verteilungskampf von anderen ausgenommen zu werden.

- In *kultureller* Hinsicht bedeutet Globalisierung, dass Differenzen des Lebensstils und der moralischen Orientierung sichtbar werden. Da sich die Migration heute – anders als früher – in zunehmenden Maße auch auf Angehörige anderer Kulturkreise erstreckt, verwandeln sich die einstmals homogenen Nationen über kurz oder lang in multiethnische und -kulturelle Gesellschaften. Die Konfrontation mit den Fremden wird von Teilen der eingesessenen Bevölkerung als Verlust der hergebrachten Identität empfunden. Dieser Verlust wiegt um so schwerer, als im Zuge von Individualisierungsprozessen auch andere Gruppenbindungen in Auflösung geraten.

- Soziale Unsicherheit und Entfremdung führen schließlich dazu, dass Teile der Gesellschaft sich *politisch* nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen. Da der Staat seiner souveränen Handlungsfähigkeit durch die Globalisierung zunehmend beraubt wird, kann er dies nicht mehr ohne weiteres durch Leistungssteigerung wettmachen. Verlorene Handlungsspielräume lassen sich zwar auf der supra- und transnationalen Ebene partiell zurückgewinnen; gerade dadurch werden sie aber der demokratischen Kontrolle und

Beeinflussbarkeit entzogen, die bislang ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen ihren Platz hatten.

Richtet man die Aufmerksamkeit auf die Parteien im einzelnen, so geraten neben diesen allgemeinen Ursachen eine Reihe von anderen Entstehungsgründen in den Blick, die stärker system- und kontextspezifisch interpretiert werden müssen. Welcher Blickwinkel dominiert, hängt dabei letztlich von der Untersuchungsanlage ab. Maßgeblich sind hier zum einen die Zahl der Fälle – je mehr Länder in die Betrachtung einbezogen werden, um so mehr rücken die kontextübergreifenden Gemeinsamkeiten in den Vordergrund – und zum anderen der Zuschnitt des Untersuchungsfeldes (welche Erklärungsvariablen werden berücksichtigt?). Legt man die oben vorgenommene Einteilung zugrunde, so dürften die länderübergreifenden Gemeinsamkeiten bei den ökonomischen (verteilungsbezogenen) und kulturellen (wertebezogenen) Konflikten größer sein als bei den politischen Konflikten. Die erstgenannten können zwar ebenfalls – je nach Systemkontext – unterschiedliche Gestalt annehmen, werden aber ansonsten durch gesellschaftsübergreifende Prozesse der Modernisierung und Integration in dieselbe Richtung gelenkt. Die politischen Konflikte wurzeln demgegenüber primär in den historischen, institutionellen und kulturellen Eigenarten der nationalen Regierungssysteme. Auch hier gibt es Rückwirkungen der allgemeinen Modernisierungsprozesse, die zu einer Angleichung der strukturellen Bedingungen geführt haben, etwa die Europäische Integration oder die Kommerzialisierung des Mediensystems, doch vermögen diese die Bedeutung der nationalen (systemspezifischen) Faktoren nicht nachhaltig zu schmälern.

Die Virulenz der systemischen Faktoren zeigt sich besonders geballt bei den regionalistischen Populisten – wenn eine Partei oder Bewegung für größere Autonomie oder die Loslösung ihrer Region vom Gesamtstaat streitet – sowie in Konkordanzdemokratien, in denen die großen Parteien ein Herrschaftskartell bilden und die politischen Eliten zur Abgehobenheit neigen: hier werden populistische Protestreaktionen geradezu auf den Plan gerufen. Wie das Beispiel der Lega Nord zeigt, können beide Aspekte auch zusammentreffen und damit ein besonders explosives Gemisch bilden. Überhaupt werden populistische Parteien umso erfolgreicher sein, je mehr es ihnen gelingt, aus den ökonomischen, kulturellen und politischen Krisenerscheinungen gleichzeitig Kapital zu schlagen und sie zu einer programmatischen Gewinnerformel zu verbinden.¹ Beispiele sind die FPÖ (bis 1999), die Schweizerische Volkspartei und die Liste Pim Fortuyn (2002). Dass diese Parteien ideologisch zu den eher gemäßigten Populisten gehören, dürfte zu ihrem Erfolg gewiss mit beigetragen haben. Allerdings zeigen die Beispiele des Vlaams Blok und des Front National, dass auch extremistisch ausgerichtete Vertreter elektoral in große Höhen (von zuletzt bis zu 18 Prozent) vordringen können, wenn sie über ein entsprechendes programmatisches Fundament verfügen.

b) Ideologie

Damit wendet sich der Blick zur Angebotsseite des neuen Rechtspopulismus. Steht bei der Analyse der Ursachen und Entstehungshintergründe die Frage im Vordergrund, wer die Wähler der Rechtsparteien sind, was für Motive sie bei ihrer Stimmabgabe leiten, und welche

¹ Hier liegt auch der Grund, warum die europäische Einigung in den letzten Jahren zu einem immer wichtigeren Mobilisierungsthema der neuen Rechtsparteien geworden ist. Folgt man der Argumentation der Rechtspopulisten, dann steht die EU stellvertretend für sämtliche Negativfolgen, die den Modernisierungsprozess tatsächlich oder angeblich begleiten: materielle Wohlstandsverluste, multikulturelle Überfremdung und Krise der politischen Repräsentation. Die sonst so abstrakte Globalisierung findet mit ihr einen konkreten Schuldigen. In der jüngsten Zeit hat dabei insbesondere der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur Gemeinschaft ein lohnendes Angriffsziel abgegeben, das geeignet war, die ökonomischen, kulturellen und politischen Schattenseiten der Integration in gebündelter Form hervorzuheben (Ross 2002, Fieschi 2000).

Bedingungen des gesellschaftlichen und politischen Umfelds eine solche Wahlentscheidung begünstigen, so geht es hier um die Parteien selbst. Dass ein Nährboden für Populismus vorhanden ist und Gelegenheiten für eine Mobilisierung eines entsprechenden Wählerpotenzials bestehen, garantiert ja noch nicht, dass der populistische Akteur diese Gelegenheiten auch erkennen und nutzen kann. Will er mehr als nur einen Einmalserfolg erreichen, benötigt ein solcher Akteur mindestens dreierlei: eine charismatische Führerpersönlichkeit an der Spitze und / oder eine stabile Organisation, welche die Partei zusammenhält, die Fähigkeit zur populistischen Wähleransprache sowie eine in sich konsistente Ideologie, die möglichst alle relevanten Politikbereiche abdeckt.

Bei der Analyse der Ideologie gilt es zum einen nach dem Extremismusgrad zu unterscheiden. Extremistisch sind Parteien dann, wenn sie systemfeindliche Ziele verfolgen, die den Grundprinzipien der liberalen Demokratie widerstreiten. Populistische und extremistische Parteien können Hand in Hand gehen (wie z.B. bei Vlaams Blok und Front National), müssen es aber nicht. So ist es bei der FPÖ und den skandinavischen Fortschrittsparteien durchaus fraglich, ob sie zu den rechtsextremen Vertretern gerechnet werden können, obwohl sich in ihrer Programmatik manche Hinweise finden, die in diese Richtung deuten. Andererseits gibt es rechtsextremistische Parteien, denen die typischen Merkmale des Populismus fehlen. Hierzu gehören z.B. die bundesdeutschen Vertreter DVU und NPD.

Das andere Merkmal sind die thematischen Schwerpunkte der Partei. Hier kann man an die oben vorgenommene Einteilung der Entstehungsursachen anknüpfen und zwischen ökonomischen, kulturellen und politisch-institutionellen Vertretern unterscheiden. So wie die Wählermotive müssen auch die ideologischen Schwerpunkte der Partei im jeweiligen Systemkontext gesehen werden; zudem können sie sich im Zeitverlauf wandeln (Taggart 2004: 280 ff.). So haben sich z.B. die skandinavischen Fortschrittsparteien vom Steuerprotest der siebziger Jahre auf eine kulturalistische Spielart des Populismus zubewegt, in die fremdenfeindliche und wohlfahrtschauvinistische Gesinnungen einfließen. Programmatisch und ideologisch liegt die größte Schnittmenge der rechtspopulistischen Parteien heute auf dem kulturellen Gebiet. Anders als bei der US-amerikanischen Neuen Rechten, deren Populismus stark religiös geprägt ist und sein Hauptbetätigungsfeld in den sogenannten Lebensstilfragen (*social issues*) findet, stehen dabei in Europa die nationalen Orientierungen im Vordergrund. Schlüsselthema ist hier die Zuwanderung und die nach Ansicht der Populisten fehlgeleitete Konzeption einer multikulturellen Gesellschaft.

Einige Autoren haben mit Blick auf den nationalen Charakter der neuen Rechtsparteien eingewandt, dass es sich um länderspezifische und mithin unvergleichbare Subjekte handele (z.B. Mudde 1996: 226). Die gemeinsamen Inhalte und Triebfedern des Nationalismus gewinnen jedoch in einer vergleichenden Betrachtung nicht weniger Bedeutung als dessen von Fall zu Fall unterschiedliche Traditionen; ansonsten wäre ja kaum zu erklären, warum national gesinnte Parteien heute in so vielen Ländern gleichzeitig Erfolg haben. In der neuen Forschung zeichnet sich denn auch ein Trend ab, wonach die je verschiedenen Nationalismen als Facetten einer übergreifenden „Identitätspolitik“ aufzufassen sind (Betz / Johnson 2004, Betz 2002). Ein Blick auf die programmatische Entwicklung der populistischen Rechten im letzten Jahrzehnt bestätigt dies. Das nationale Denken zeigt sich dort zunehmend eingebettet in ein gemeinsames (west)europäisches Verständnis von kultureller Identität und Zugehörigkeit, dessen Gegenbild die überwiegend nicht-westliche Zuwandererbevölkerung verkörpert. Dies findet auch in organisatorischer Hinsicht Niederschlag. Nachdem ihre nationale Ausrichtung und die Stigmatisierung als rechtsextrem in der Vergangenheit wechselseitige Berührungspunkte ausgelöst hatten, ist die europaweite Zusammenarbeit der neuen Rechtsparteien inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

c) Auftreten und Organisation

In formaler Hinsicht treten als Hauptmerkmale rechtspopulistischer Parteien ihr Bewegungskarakter und das Prinzip der charismatischen Führerschaft hervor. Darüber hinaus kennzeichnet den Populismus eine bestimmte Art und Weise, in der er sich zu den umworbenen Wählern in Beziehung setzt (Decker 2000: 47 ff.). Diese formalen Elemente lassen sich von der inhaltlichen Ideologie nicht trennen, sondern sind mit ihr im Gegenteil eng verwoben. So wie das Selbstverständnis als Bewegung und die Ausrichtung auf eine Führerfigur die Homogenität des angeblichen Volkswillens und die Ablehnung der repräsentativen Parteiendemokratie zugunsten eines mehrheitsdemokratischen Devisenismus zum Ausdruck bringen, so spiegelt die populistische Agitation die Gegnerschaft zum Establishment und die Ausgrenzung der Nicht-Zugehörigen wider. Es scheint nicht übertrieben, diese formalen Attribute mehr noch als die reinen ideologischen Inhalte als den eigentlichen Erfolgsgrund der rechtspopulistischen Parteien zu betrachten. Der europaweite Vergleich zeigt, dass sich Entstehung und Aufstieg der Newcomer fast ausnahmslos einzelnen Führerpersönlichkeiten verdanken – Le Pen, Berlusconi, Bossi, Haider, Fortuyn – , deren charismatische Eigenschaften damit zu einem Schlüsselfaktor werden. Wo kein Führer in Sicht ist, kann eine populistische Partei oder Bewegung also offenbar nicht gedeihen – wie günstig der soziale Nährboden und die politischen Gelegenheitsstrukturen auch immer sein mögen. Und umgekehrt: Kommt der Führer abhanden oder büßt er seinen Nimbus, seine organisatorische Machtbasis und seine Fähigkeiten als Agitator ein, so droht die Bewegung als ganze zusammenzubrechen.

Die Virulenz der formalen Aspekte des Populismus wird durch Veränderungen auf der Nachfrage- und Angebotsseite des Wählermarktes befördert. Einerseits haben sich die traditionellen Parteibindungen abgeschwächt, sodass die Wähler für etwaige Newcomer heute leichter erreichbar sind und von diesen verführt werden können, auf der anderen Seite ergeben sich durch die Pluralisierung der Medienlandschaft mehr und bessere Möglichkeiten, das Volk an den vertrauten Vermittlungsinstitutionen vorbei anzusprechen. Von daher nimmt es nicht wunder, dass der populistische Stil auch auf die etablierten Parteien übergriffen hat, die sich dieses Erfolgsrezept bis zu einem gewissen Grade zu eigen machen müssen, wenn sie im Wählerwettbewerb bestehen wollen.

Was den Populisten nützt, macht sie freilich zugleich anfällig für Misserfolge (Decker 2004: 264 ff.). Personalistische Struktur und Bewegungskarakter des Populismus sind nämlich äußerst fragil: Der Führer muss mit seiner Autorität sicherstellen, dass die Bewegung zusammenhält und ihre ideologischen Widersprüche überbrückt werden können, und er muss in der Lage sein, die Anhängerschaft auf Dauer zu mobilisieren. Charisma hat allerdings die unangenehme Eigenschaft, dass es im Laufe der Zeit verblasst. Mit fortschreitender Amtszeit des Führers wird sich daher früher oder später die Nachfolgefrage stellen und für innerparteilichen Streit sorgen. Dasselbe gilt für die agitatorischen Stilmittel: Auch sie bedürfen der fortwährenden Steigerung und Radikalisierung, wenn sie dauerhafte Wirkung entfalten sollen. Dieser Dynamisierungsdruck mag erklären, warum es den rechtspopulistischen Parteien so schwer fällt, sich in organisatorischer und ideologischer Hinsicht zu konsolidieren.²

Überwunden werden kann das Problem der inhärenten Instabilität durch Institutionalisierung. Panebianco (1988: 144) hat das einmal treffend die „Umwandlung von persönlichem in offizielles Charisma“ genannt. Institutionalisierung bedingt dabei nicht

² Die Erfahrungen hierzu sind unterschiedlich. Einige rechtspopulistische Parteien haben den Abtritt ihrer Führerfiguren nicht verkraftet und sind an internen Rivalitäten und Richtungskämpfen gescheitert (Beispiele: Schwedens Neue Demokratie, die bundesdeutschen Republikaner und die Liste Pim Fortuyn). Anderen ist es gelungen, Ersatz zu schaffen, und die Parteiorganisation auf eine neue institutionelle Grundlage zu stellen (norwegische und dänische Fortschrittsparteien, Vlaams Blok).

zwangsläufig eine größere oder schlagkräftigere Organisation. Ein Maß für die Verrechtlichung von Entscheidungsprozessen, sorgt sie lediglich dafür, dass ein gewisser Grad an Professionalität vorhanden ist und die parteiinternen Konflikte nach einem geregelten (wenn auch nicht immer demokratischen) Verfahren ablaufen. Beides ist Voraussetzung, um den Zusammenhalt der Organisation längerfristig zu sichern und die im Wählerwettbewerb unverzichtbare Geschlossenheit nach außen zu vermitteln.

d) Wirkung

Parallel zur veränderten Perspektive auf die Entstehungshintergründe und die ideologische Qualität des Populismus ist in den letzten Jahren die Wirkungsebene populistischer Politik immer stärker in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion gerückt. Auch hier liegt der Grund in der zunächst nicht erwarteten Dauerhaftigkeit des Phänomens, das in den westlichen Demokratien mehr als nur oberflächliche Spuren hinterlassen hat. Für die Analyse bietet es sich an, einerseits nach Art und Intensität zwischen kurz- und langfristigen bzw. direkten und indirekten Wirkungen zu unterscheiden. Andererseits muss nach deren Gegenstand (Objekt) gefragt werden. Hier richtet sich der Blick aus politikwissenschaftlicher Sicht zuerst auf das Parteiensystem, sodann auf das Regierungshandeln und schließlich auf das gesamte demokratische System.

Kurzfristige Wirkungen treten auf, wenn es den etablierten Parteien gelingt, Themen und Probleme, die von den populistischen Herausforderern auf die Agenda gesetzt wurden, diesen wieder zu entwenden, indem sie die fraglichen Anliegen tatsächlich oder nur symbolisch aufgreifen. In solchen Fällen handelt es sich um ein vergängliches Protestvotum, das die Populisten zum Opfer des eigenen Erfolges werden lässt – ein Effekt, der besonders dann eintreten dürfte, wenn die Parteien auf wenige oder gar nur ein einzelnes Thema abonniert sind. Beispiele wären hier z.B. die bundesdeutschen Republikaner, deren Erfolgskurve rapide sank, nachdem sich die beiden großen Parteien 1993 auf eine Novellierung des Asylrechts verständigt hatten, oder die Schill-Partei, die im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 2001 ganz auf das Thema innere Sicherheit kapriziert war.

Nicht alle kurzfristigen Protestgründe lassen sich indessen durch politische Gegenmaßnahmen ausräumen. Stauen sie sich auf oder bilden sie mit anderen Problemen zusammen ein größeres „Syndrom“, können solche Protestgründe zu einer dauerhaften Veränderung der Wert- und Interessenlagen ganzer Bevölkerungsgruppen führen, die sich in den Parteiensystemen niederschlägt. Schenkt man den Wahlanalysen Glauben, weist die Wählerschaft der neuen rechtspopulistischen Parteien gewisse sozialstrukturelle Schlagseiten auf (beim alten Mittelstand und der Arbeiterschaft). Im ganzen überwiegt jedoch der Eindruck einer schichtübergreifenden Erscheinung, die in erster Linie durch gemeinsame Wertorientierungen zusammengehalten wird. Insofern sind die neuen Rechtsparteien ein Indiz dafür, dass sich die Konfliktstruktur der nachindustriellen Gesellschaft in Richtung der kulturellen Achse verschoben hat. Auf dieser besetzen sie den anti-liberalen, autoritären Pol (Kitschelt / McGann 1995).

Direkte Wirkungen gehen von den Populisten aus, wenn sie selber Regierungsverantwortung tragen und somit die Politik ganz unmittelbar mitbestimmen und -gestalten können. Erfahrungen dazu liegen aus Italien, Österreich, den Niederlanden, der Schweiz und – auf der gliedstaatlichen Ebene – Deutschland (Hamburg) vor, wo rechtspopulistische Parteien in der Vergangenheit Teil der Regierungen waren oder es weiterhin sind. Einigen Vertretern (FPÖ, LPF, Schill-Partei) ist diese Rolle – gemessen an den nachfolgenden Wahlergebnissen – denkbar schlecht bekommen. An ihnen lässt sich exemplarisch studieren, welche grundsätzlichen Probleme eine Machtbeteiligung von Gruppierungen aufwirft, deren Ideologie und Programmatik überwiegend aus Anti-Positionen besteht. Auf der anderen Seite gibt es mit Berlusconi's Forza Italia und der Schweizerischen

Volkspartei auch Beispiele für halbwegs gelungene Gratwanderungen, die allerdings nur vor dem Hintergrund der besonderen Kontextbedingungen in den beiden Ländern erklärbar sind.

Zur Regierungsbilanz rechtspopulistischer Parteien liegen angesichts der noch schmalen empirischen Basis bisher erst wenige Studien vor (vgl. z.B. Frölich-Steffen / Rensmann 2005, Heinisch 2003, Minkenberg 2001). Das Hauptaugenmerk gebührt dabei dem materiellen Einfluss der Herausforderer auf das Regierungsgeschehen, der um so größer sein dürfte, je mehr Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht sie gegenüber ihren Koalitionspartnern entwickeln. Dass der Einfluss im Bereich der kulturellen Themen sichtbarer ist als in der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik, nimmt angesichts der Prioritätenliste der Rechtspopulisten nicht wunder, auf der die wertebezogenen Themen ganz oben stehen. Außerdem eröffnen diese Themen den politischen Akteuren vergleichsweise große Handlungsspielräume, während die Gestaltungsmöglichkeiten in der Sozial- und Wirtschaftspolitik durch Sachzwänge heute so stark eingeschränkt sind, dass sie eine ideologische Profilierung immer weniger gestatten. Besonders deutlich zeigt sich die Handschrift der Rechtspopulisten in der Migrationsfrage, wo sie darauf gedrängt haben, die Möglichkeiten der Zuwanderung weiter einzuschränken (durch strengere Aufenthaltsgenehmigungen und eine Verschärfung des Asylrechts). Die Restriktionen waren und sind hier Teil eines breiteren identitätspolitischen Konzepts, das den nationalen Bias auch in anderen Politikfeldern verstärkt hat – von der Arbeitsplatzvergabe und Inanspruchnahme sozialer Leistungen bis hin zur Kunst- und Kulturförderung.

Um solche Wirkungen zu erzeugen, müssen die Rechtspopulisten nicht unbedingt selbst Hand anlegen. Auch dort, wo die etablierten Parteien sich einig waren, sie von der Macht fernzuhalten, haben die Herausforderer deren Agenda im eigenen Sinne geprägt (z.B. in Belgien und Frankreich). Das konkrete Ausmaß der Beeinflussung ist dabei nicht immer leicht zu ermitteln. Es hängt einerseits von der Stärke des rechtspopulistischen Vertreters, andererseits von den Konkurrenzbeziehungen der Parteien untereinander ab, hier vor allem der Mitte-Rechts-Parteien. Für Länder mit Vielparteienstrukturen wie z.B. Dänemark und Norwegen liegen hierzu einige Fallstudien vor (Harmel / Svåsand 1997), die aber eine systematische Vergleichsuntersuchung nicht ersetzen können.

Die Analyse der direkten und indirekten Wirkungen des Rechtspopulismus leitet über zu der aus Sicht der etablierten Parteien (insbesondere des Mitte-Rechts-Lagers) letztlich entscheidenden Frage nach der optimalen Bekämpfungsstrategie. Entwindet man den Rechtsparteien ihre Wähler am besten, indem man sich rhetorisch strikt von ihnen abgrenzt, jede Zusammenarbeit verweigert, sich gleichzeitig aber in der Substanz ihren Forderungen annähert? Oder ist es besser, man macht die Populisten salonfähig, gesteht ihnen durch die Beteiligung an der Macht unmittelbaren Einfluss auf die Regierungspolitik zu, um sie darüber früher oder später zu entzaubern? Eine generelle Antwort darauf mag in normativer Hinsicht wünschenswert sein; sie verbietet sich aber deshalb, weil die einzelnen Fälle je nach politischer Ausgangslage (Gelegenheitsstruktur) und Charakter der Rechtsparteien unterschiedlich gelagert sind. Dennoch haben beide Strategien zumindest vordergründig dieselbe Konsequenz. Sie verändern die politische Agenda im Sinne der Rechtspopulisten und verschieben damit die politischen Macht- und Kräfteverhältnisse. Ein Blick auf die Entwicklung in den letzten zehn Jahren scheint dies zu bestätigen. Nachdem ausgangs der neunziger Jahre bis auf Irland und Spanien überall in der EU sozialdemokratische Regierungen am Ruder waren, gelang es den Mitte-Rechts-Parteien seither, die Macht in mehreren Ländern zurückzuerobern. Anders als der Begriff vermuten lässt, lagen dem „Rechtsruck“ jedoch keine größeren Wählerbewegungen zwischen dem linken und rechten Lager zugrunde; ausschlaggebend war vielmehr die veränderte Strategie der bürgerlichen Rechten gegenüber der neuen populistischen Konkurrenz, die in die Bündnisüberlegungen fortan miteinbezogen wurde. Den Anfang hatte schon 1994 Silvio Berlusconi gemacht, das damals Zusammengehen mit Bossis Lega Nord und Finis Alleanza Nazionale gemacht, das damals

allerdings nur kurze Zeit funktionierte. 1999 folgte der skandalumwobene Eintritt der FPÖ in die österreichische Regierung. In Norwegen und Dänemark wurden die Rechtspopulisten ab 2001 an der Macht indirekt beteiligt, indem sich die bürgerlichen Regierungen von ihnen tolerieren ließen. Und in Italien gelang es Berlusconi, das neu aufgelegte Bündnis mit Bossi und Fini so zu stabilisieren, dass die Rechtsregierung nach vier Jahren Amtszeit heute immer noch relativ fest im Sattel sitzt.

Die elektoralen Konsequenzen der Regierungsbeteiligung variieren von Fall zu Fall. Wo die Koalitionen scheiterten, wurden die dramatischen Verluste der „entzauberten“ Rechtspopulisten von den bürgerlichen Parteien größtenteils aufgefangen, die dadurch gestärkt weiter regieren konnten, während die Rechtsparteien in rivalisierende Nachfolgeorganisationen zerfielen oder sich ganz auflösten (so in Österreich, den Niederlanden und Hamburg). In anderen Fällen mussten die Mitte-Rechts-Regierungen bei Haupt- und Zwischenwahlen Niederlagen einstecken, die hauptsächlich auf das Konto der größeren Regierungsparteien gingen (Norwegen, Italien). Welche „systemische“ Konsequenzen sich aus den wechselnden Wahlerfolgen des Rechtspopulismus ergeben, wird in der Literatur unterschiedlich bewertet. Die durch das Aufkommen der neuen Konkurrenz beschleunigte Pluralisierung und Polarisierung der Parteiensysteme hat die Möglichkeiten der Regierungsbildung ebenso erschwert wie das Regieren selbst. Auf der anderen Seite haben die Rechtspopulisten Repräsentationsdefizite offengelegt, den Wettbewerbscharakter der Politik verstärkt und den demokratischen Wechsel mit ermöglicht, was aus normativer Sicht durchaus positiv zu betrachten ist. Am Ende werden wir auf diese Ambivalenz unter Systemgesichtspunkten zurückkommen.

	<i>Entstehungshintergrund Ursachen</i>	<i>Ideologie</i>	<i>Auftreten Organisation</i>	<i>Wirkung</i>
<i>ökonomisch</i>	Verteilungskrise	Neoliberalismus Wohlfahrtschauvinismus Protektionismus		
<i>kulturell</i>	Identitäts- / Sinnkrise	Anti-Liberalismus Fremdenfeindlichkeit		
<i>politisch</i>	Repräsentationskrise	Anti-Parteien-Gesinnung direkte Demokratie	charismatische Führung Institutionalisierung agitatorische Stilmittel	Parteiensystem Regierungspolitik Demokratie

Abb. 1: Forschungsprogramm zum neuen Rechtspopulismus

3. Vom rechten zum linken Populismus

Der Begriff „Rechtsruck“ greift noch aus einem anderen Grund zu kurz, der mit der veränderten Problemagenda der heutigen Politik zu tun hat und auf die längerfristigen Erfolgsaussichten der neuen Rechtsparteien verweist. Wenn das Wesen des beschleunigten Modernisierungsprozesses darin liegt, dass er zu wachsender Desintegration und Fragmentierung führt, so zieht er zwangsläufig Reaktionen der „Schließung“ nach sich, die sich in protektionistischer Abwehr, Konstruktion von Feindbildern und dem Appell an eine

überkommene Gemeinschaft ausdrücken. Es ist nicht in erster Linie die Rückwärtsgeandtheit, sondern das anti-egalitäre Moment, das solche Schließungsreaktionen ideologisch als „rechts“ qualifiziert – im Unterschied zur egalitären und universalistischen Linken. Von daher scheint es kein Zufall, dass die neuen Herausfordererparteien heute fast ausnahmslos im rechten politischen Spektrum beheimatet sind.

Dies schließt die Möglichkeit eines linken Populismus allerdings nicht aus. Wie die Erfahrungen aus Lateinamerika und Osteuropa zeigen, kann dieser historisch sogar auf eine lange Tradition zurückblicken, wobei die Verbindung zur autoritären Regierungsform zumindest im lateinamerikanischen Fall einen wichtigen Unterschied zur aktuellen Situation in den etablierten westeuropäischen Demokratien markiert, in denen sich die Rechtspopulisten eher als systemoppositionelle Protestparteien gerieren. So wie die rechten pflegen auch die linken Populisten das anti-elitäre Ressentiment, die Gegnerschaft zum herrschenden System und die Parteinahme für das sogenannte einfache Volk. Im Gegensatz zu diesen dehnen sie das exklusorische Prinzip allerdings nicht auf die horizontale Ebene aus, wo sie ihren egalitären Zielen weiter verpflichtet bleiben und in wertbezogenen Fragen eher liberal oder libertär auftreten. Auf der kulturellen Konfliktachse bilden sie damit den Gegenpol zur populistischen Rechten.

Richtete sich der Blick bei der Suche nach linkspopulistischen Bewegungen oder Parteien in der jüngeren Vergangenheit vornehmlich auf die postkommunistischen Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas, so hat sich das inzwischen gründlich geändert. Seit einiger Zeit können wir auch in den westeuropäischen Gesellschaften eine Renaissance des Linkspopulismus beobachten. Diese rührt zum einen aus dem Umfeld der globalisierungskritischen Bewegung Attac; zum anderen lässt sie sich in an den zunehmenden Wahlerfolgen linkssozialistischer Parteien festmachen, die in vielen europäischen Ländern neben der Sozialdemokratie existieren. Besonders spektakulär vollzog sich die Entwicklung in der Bundesrepublik, wo es 2005 zur Formierung eines neuen Linksbündnisses kam, in dem sich die postkommunistische PDS und eine westdeutsche SPD-Abspaltung zusammenschlossen.

Ein europaweiter Vergleich zeigt, dass es zwischen dem Vorhandensein bzw. der Stärke rechts- und linkspopulistischer Parteien einen (negativen) Zusammenhang gibt. Dies ist auch nicht verwunderlich, da beide Vertreter um ein vergleichbares Wählerklientel konkurrieren, das sich überwiegend aus den abstiegsbedrohten Angehörigen der Unter- und Mittelschichten zusammensetzt (den sogenannten „Modernisierungsverlierern“). Stellt man die ideologischen Positionen den Wählereinstellungen gegenüber, so zeigt sich bei den Unterstützern der Linksparteien das altbekannte Phänomen, dass sie in kulturellen Fragen sehr viel weiter rechts stehen als die Partei („working class authoritarianism“). Für die Linkssozialisten könnte es insofern lohnend sein, sich gewisser Versatzstücke des Rechtspopulismus zu bedienen, um die eigene Wählerbasis zu verbreitern. Umgekehrt haben die rechten Vertreter aus der zunehmenden „Proletarisierung“ ihrer Wählerschaft seit den achtziger Jahren die Konsequenz gezogen, die ursprüngliche neoliberale Linie zu verlassen und auf einen sozialprotektionistischen Kurs umzuschwenken. Ideologisch stellte das kein großes Problem dar, da sich das neue Konzept mit den identitätspolitischen Kernforderungen der Rechtsparteien bestens vereinbaren ließ.

Bleibt die Frage, welches Lager in Zukunft über die günstigeren Erfolgsaussichten verfügt. Hier spricht manches dafür, dass der linke dem rechten Populismus bis zu einem gewissen Grade den Rang ablaufen könnte. Tatsächlich ist das Schwächeln der Rechtspopulisten nicht nur auf deren Selbstentblößung zurückzuführen. Stattdessen verweist es auf eine tiefer gehende Erschöpfung, die einen weiteren Rückgang der Wählerunterstützung vorausahnen lässt. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der versäumten oder misslungenen Institutionalisierung. Der tabubrecherische Stil der Haider, Le Pens und Berlusconi, der zur Beliebigkeits- und Spaßkultur der neunziger Jahre hervorragend passte,

hat sich in den Zeiten der neuen Ernsthaftigkeit überlebt. Dem Bedürfnis nach pragmatischer Politik und realistischen Lösungen konnten und können die Rechtspopulisten nichts Überzeugendes entgegensetzen. Des weiteren haben die Mainstream-Parteien den Populisten wichtige Schlüsselthemen wie die Reform des politischen Systems oder die Migrationsfrage entwunden. Insbesondere letztere bietet den Herausforderern kaum noch Angriffsflächen, nachdem die Einwanderungsgesetze verschärft wurden und die Absage an einen falsch verstandenen Multikulturalismus heute nahezu Allgemeingut ist. Auf der anderen Seite gewinnen im Zuge des globalen Standortwettbewerbs verteilungsbezogene Konflikte an neuer Bedeutung, die von den Linkspopulisten ebenso gut oder besser adressiert werden können. Schließlich haben auch die etablierten Parteien die Vorzüge der populistischen Wähleransprache erkannt und für sich übernommen – allerdings ohne die für die Rechtspopulisten typischen Entgleisungen. Zumal im Fernsehen wird das mediale Terrain von ihnen inzwischen so umfassend besetzt, dass die Herausforderer zunehmend das Nachsehen haben und mit ihren Botschaften nicht mehr durchdringen können.

4. Auf dem Weg zur populistischen Demokratie?

Damit kommen wir zur abschließenden Schlüsselfrage: der Bedeutung des Populismus für die Demokratie. Folgt man dem eben Gesagten, dann trägt der Populismus als Systemmerkmal ein Doppelgesicht. Einerseits stellt er ein Protestphänomen dar, das – in parteiförmiger Gestalt – gegen die Begleiterscheinungen ökonomischer, kultureller und institutioneller Modernisierungsprozesse zu Felde zieht. Auf der anderen Seite beschreibt er einen allgemeinen Gestaltwandel der demokratischen Politik, der in der elektoralen Sphäre des Parteienwettbewerbs beginnt und von dort auf das gesamte politische Geschehen übergreift. Welche Spielart dominanter ist, hängt zunächst von der institutionellen Ausgangslage des Systems ab. In Konsensdemokratien, die durch geschlossene, bisweilen kartellförmige Entscheidungsstrukturen charakterisiert sind, steht zu erwarten, dass der Populismus in erster Linie von außen an das System herangetragen wird und auf dieses einwirkt. In den Wettbewerbsdemokratien, wo das Aufkommen neuer Herausfordererparteien durch hohe Zugangshürden erschwert wird, dürfte er demgegenüber eher von innen wirken, indem die etablierten Parteien sich seiner bemächtigen.

Der „eingebaute“ Populismus der konkurrenzdemokratischen Systeme und der anti-parteienstaatliche Protestpopulismus in den Konsensdemokratien sind mithin Seiten derselben Medaille. Margaret Canovan (2002: 25 ff.) zufolge stellen sie beide eine Reaktion auf die zunehmende Komplexität und Undurchschaubarkeit der politischen Entscheidungsprozesse dar, die zu einer tendenziellen Entwertung der verfassungsmäßigen Institutionen geführt habe. Canovan spricht in diesem Zusammenhang von einem „demokratischen Paradoxon“ der heutigen Politik, das den Populismus auf den Plan rufe. Mit seinem Hang zur radikalen Simplifizierung vermittele dieser ein Gefühl der Eingängigkeit und Transparenz, das in der demokratischen Wirklichkeit zunehmend auf der Strecke zu bleiben droht.

Der „eingebaute“ Populismus und das Verhältnis von Populismus und Demokratie sind erst in jüngster Zeit Gegenstand intensiver Forschungsbemühungen geworden (vgl. insbesondere die Beiträge in Mény / Surel 2002). Damit einher ging auch ein kritischerer Blick auf das Phänomen. Wurden den rechtspopulistischen Herausforderern zunächst durchaus demokratiefördernde oder -stabilisierende Wirkungen attestiert, so überwog nun die Ansicht, dass der durch sie beförderte schleichende Systemwandel an die Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates rührt. Von einer positiven Korrektivfunktion der Rechtsparteien hätte man nur sprechen können, wenn die Newcomer aus den Parteiensystemen wieder verschwunden wären oder wenn sie ihren radikalen Anti-Positionen abgeschworen und sich dadurch zu normalen, systemtragenden Kräften gewandelt hätten.

Beides ist nicht eingetreten. Um so notwendiger ist es, die längerfristigen institutionellen Implikationen in den Blick zu nehmen, die von den populistischen Kräften ausgehen.

Die neu entstandenen Parteien sind Trendsetter einer Entwicklung, die man als „plebiszitäre Transformation“ des politischen Prozesses bezeichnen könnte. Klassische Vermittlungsinstitutionen wie Parlamente und Parteien treten in der Bedeutung zurück und werden durch direkte Beziehungen zwischen Regierung und Wahlvolk ersetzt bzw. überlagert. Gewiss haben die populistischen Neugründungen den Wandel offensiver vorangetrieben als die etablierten Kräfte. Charakteristisch dafür ist z.B., dass einige ihrer Vertreter in der Wähleransprache deutliche Parallelen zu den amerikanischen Parteien aufweisen, die das plebiszitäre Modell in der bisher reinsten Form verkörpern (z.B. Berlusconi's Forza Italia). Die Transformation ist aber auch bei den alteingesessenen Parteien inzwischen weit fortgeschritten, nachdem die Wähler sich bei der Stimmabgabe immer weniger an soziologische oder ideologische Gewissheiten gebunden fühlen und der Parteienwettbewerb aufgrund der generell abnehmenden Handlungsspielräume der (nationalen) Politik auch real an Substanz einbüßt. Den Parteien bleibt in einer solchen Situation nur die Wahl, entweder auf die Unterschiede in den Details der Problemlösungen zu verweisen (und dabei zu riskieren, dass die Wähler gelangweilt oder überfordert werden). Oder sie führen eine gezielte Depolitisierung der Wählerschaft herbei, indem sie auf symbolische Handlungen oder Personalisierungsstrategien ausweichen und in ihrer Rhetorik das Volk zum zentralen Bezugspunkt machen. Dass die letztgenannte Option im Zweifel die attraktivere ist, versteht sich im Kontext der heutigen Mediengesellschaft fast von selbst. Es hängt auch mit den Darstellungsformen und -techniken des in dieser Hinsicht besonders wichtigen Fernsehens zusammen, die eine natürliche Affinität zur populistischen Ansprache entwickeln. Für die politischen Akteure kann es sich also lohnen, „in Populismus zu machen“, wenn sie Unterstützungsbasis verbreitern wollen. Damit gewinnen sie zugleich die Möglichkeit, sich von „ihren“ Parteien zu emanzipieren. Die plebiszitäre Transformation bleibt insofern nicht auf die Außenseite des Parteienwettbewerbs beschränkt. Sie spiegelt sich auch im Inneren der Parteien wider, die führungslastiger werden und ihrer elektoralen Funktion alle weiteren Ziele unterordnen.

Auch wenn der Gestaltwandel der Parteiendemokratie die Gewichte von der konstitutionellen zur plebiszitären Demokratie verschoben hat, wäre es falsch, die z.B. von Tony Blair meisterhaft praktizierte Technik der populistischen Wähleransprache schon mit einer populistischen Demokratieauffassung gleichzusetzen. Charakteristisch für den „eingebauten“ Populismus ist, dass er sich weiterhin innerhalb einer konstitutionell-repräsentativen Demokratiekonzeption bewegt. Diese betont den deliberativen Charakter der politischen Entscheidungsprozesse und ist deshalb ihrer Tendenz nach inklusiv, auf eine möglichst breite Interessenberücksichtigung hin ausgerichtet. Die populistisch-plebiszitäre Demokratiekonzeption setzt demgegenüber anstelle des geduldigen Aushandelns und Argumentierens die Dezision. Sie möchte die vorhandene Interessenvielfalt in einer mehrheitsdemokratischen Entscheidungsbefugnis aufgehoben sehen, die auf Ausgrenzung beruht und damit polarisierend wirkt. Von daher erklärt sich auch das Bedürfnis nach homogenen Identitätskonstruktionen, der Drang, das „Volk“ als vorgestellte Einheit nicht nur im Inneren gegen die herrschenden Eliten, sondern auch nach außen hin von anderen Völkern und Nationen zu unterscheiden; dies weist den Populismus als eine im Kern anti-liberale Ideologie aus (Rosenberger 2001: 106 f.).

Aus diesem Grund wäre es auch verkehrt, die populistische Forderung nach Einführung oder verstärkter Nutzung plebiszitärer (direktdemokratischer) Beteiligungsmöglichkeiten für bare Münze zu nehmen. Wie Mudde (2004: 558 f.) zu Recht betont, verfolgen die Populisten mit der vehementen Befürwortung der Plebiszite primär den Zweck, das Volk gegen die herrschende Elite in Stellung zu bringen. Ein durchdachtes und ehrlich gemeintes institutionelles Konzept steht nicht dahinter. Tatsächlich wäre ein

ausgebautes System der direkten Demokratie „von unten“ (mit der Initiative als Herzstück) im Rahmen der populistischen Demokratieauffassung kaum vorstellbar. Indem sie dem Volk das Letztentscheidungsrecht über die Gesetze zubilligen, wären die direktdemokratischen Verfahren zwar imstande, das konstitutionelle Prinzip zurückzudrängen. Im Kontext der repräsentativen Institutionen und des parlamentarischen Parteienwettbewerbs würden sie aber eher in Richtung Konsens und Interessenausgleich wirken, also das Gegenteil von dem bezwecken, was die populistische Demokratie propagiert. Von daher drängt sich die Frage auf, ob nicht gerade die Plebiszite ein geeignetes Mittel sein könnten, um die populistischen Auswüchse des Parteienwettbewerbs zu begrenzen. In der elektoralen Sphäre können sich die plebiszitären Tendenzen heute weitgehend unkontrolliert entfalten. Durch die Einführung direktdemokratischer Elemente würden sie demgegenüber institutionell gezähmt und in die Sphäre der eigentlichen Sachpolitik zurückverwiesen.³

Im Umkehrschluss heißt das, dass die Gefährdungen durch den Populismus dort am größten sind, wo sie die bereits vorhandenen Konsenseigenschaften des politischen Systems unterminieren. Je mehr sich die plebiszitären Tendenzen Bahn brechen, um so wichtiger werden – mit anderen Worten – die freiheitssichernden Schutzvorkehrungen des Verfassungsstaates. Solange die rechtspopulistischen Kräfte in der Opposition verharren und als reine Protestparteien auftreten, dürfte von ihnen für die verfassungsmäßige Ordnung keine unmittelbare Bedrohung ausgehen. Bedenklich wird es erst, wenn sie über Regierungsmacht verfügen und ihre plebiszitären Demokratievorstellungen aktiv betreiben können. Die Erfahrungen nach der Machtbeteiligung bzw. -übernahme rechtspopulistischer Parteien in Österreich und insbesondere Italien zeigen, dass diese Befürchtungen keineswegs aus der Luft gegriffen sind (Rusconi 2002, Rosenberger 2001). Sie können auch nicht durch die Hoffnung aufgewogen werden, dass die Rechtspopulisten an der Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern. Der Blick nach Lateinamerika oder Osteuropa macht deutlich, dass es von der populistischen Demokratie zum quasi-demokratischen Autoritarismus häufig nur ein kurzer Weg ist. Die entwickelten demokratischen Staaten mag das einstweilen noch nicht betreffen. Dennoch sollten sie die vom Populismus ausgehenden Gefahren ernst nehmen und einer plebiszitären Verwandlung ihrer Regierungssysteme schon heute vorsorglich entgegenreten.

Literatur

- Betz, Hans-Georg (1994), *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York.
- Betz, Hans-Georg (2002), *Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (3), S. 251-264.
- Betz, Hans Georg / Carol Johnson (2004), *Against the Current – Stemming the Tide. The Nostalgic Ideology of the Contemporary Political Right*, in: *Journal of Political Ideologies* 9 (3), S. 311-327.
- Betz, Hans-Georg / Stefan Immerfall, Hg. (1998), *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*, New York.
- Canovan, Margaret (1981), *Populism*, London.

³ Schwieriger ist die Frage nach der Wirkungsweise plebiszitärer Elemente in bereits bestehenden konsensdemokratischen Systemen zu beantworten. Wie die Beispiele der Schweiz, Österreichs und Italiens zeigen, waren diese nicht imstande, das Aufkommen der rechtspopulistischen Herausforderer zu verhindern. Die vorhandenen empirischen Belege deuten im Gegenteil darauf hin, dass die Populisten im Wählerwettbewerb von den direktdemokratischen Verfahren profitieren konnten (Müller 1999). Dem stehen wiederum die Erfahrungen aus anderen konsensdemokratisch verfassten Staaten entgegen, wo rechtspopulistischen Parteien ihre Wahlerfolge ganz ohne Zutun der plebiszitären Demokratie erreicht haben (z.B. Niederlande oder Norwegen).

- Canovan, Margaret (2002), Taking Politics to the People. Populism and the Identity of Democracy, in: Yves Mény / Yves Surel (Hg.), Democracies and the Populist Challenge, Houndmills / New York, S. 25-44.
- Cheles, Luciano / Ronnie Ferguson / Michalina Vaughan, Hg. (1991), Neo-Fascism in Europe, London.
- Dahrendorf, Ralf (2000), Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: Merkur 54 (11), S. 1057-1068.
- Decker, Frank (2000), Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen.
- Decker, Frank (2004), Der neue Rechtspopulismus, 2. Auflage, Opladen.
- Eismann, Wolfgang, Hg. (2002), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien.
- Fieschi, Catherine (2000), European Institutions, the Far Right and Illiberal Politics in a Liberal Context, in: Parliamentary Affairs 53, S. 517-531.
- Fieschi, Catherine / Paul Heywood (2004), Trust, Cynicism and Populist Anti-politics, in: Journal of Political Ideologies 9 (3), S. 289-309.
- Ford, Glyn, Hg. (1992), Fascist Europe. The Rise of Racism and Xenophobia, London.
- Frölich-Steffen, Susanne / Lars Rensmann, Hg. (2005), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa, Wien.
- Greß, Franz / Hans-Gerd Jaschke / Klaus Schönkäs, Hg. (1990), Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa, Opladen.
- Hainsworth, Paul, Hg. (2000), The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream, London / New York.
- Harmel, Robert / Lars Svåsand (1997), The Influence of New Parties on Old Parties' Platforms. The Cases of the Progress Parties and Conservative Parties of Denmark and Norway, in: Party Politics 3, S. 315-340.
- Harris, Geoffrey, Hg. (1994), The Dark Side of Europe. The Extreme Right Today, 2. Auflage, Edinburgh.
- Hauch, Gabriella / Thomas Hellmuth / Paul Pasteur, Hg. (2002), Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, Innsbruck / Wien.
- Heinisch, Reinhard (2003), Success in Opposition – Failure in Government. Exploring the Performance of the Austrian Freedom Party and Other European Right-wing Populist Parties in Public Office, in: West European Politics 26 (3), S. 91-130.
- Hermet, Guy (2001), Les Populismes dans le monde. Une histoire sociologique XIXe – XXe siècle, Paris.
- Jungwirth, Michael, Hg. (2002), Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten, Graz.
- Kirfel, Martina / Walter Oswalt, Hg. (1991), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Europa, 2. Auflage, Wien / Zürich.
- Kitschelt, Herbert / Anthony McGann (1995), The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor.
- Loch, Dietmar / Wilhelm Heitmeyer (2001), Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen, in: dies. (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a.M., S. 11-37.
- Mény, Yves / Yves Surel, Hg. (2002), Democracies and the Populist Challenge, Houndmills / New York.
- Merkel, Peter H. / Leonard Weinberg, Hg. (1993), Encounters with the Contemporary Radical Right, Boulder / San Francisco / Oxford.
- Minkenberg, Michael (1998), Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland; Opladen.
- Minkenberg, Michael (2001), The Radical Right in Public Office. Agenda-Setting and Policy Effects, in: West European Politics 24 (4), S. 1-21.

- Mudde, Cas (1996) The War of Words Defining the Extreme Right, in: *West European Politics* 19 (2), S. 225-248.
- Mudde, Cas (2004), The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition* 39 (4), S. 541-563.
- Müller, Wolfgang C. (1999), Plebiscitary Agenda-Setting and Party Strategies. Theoretical Considerations and Evidence from Austria, in: *Party Politics* 5 (3), S. 303-315.
- Neu, Viola (2004), Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden.
- Panebianco, Angelo (1988), *Political Parties. Organization and Power*, Cambridge.
- Pfahl-Traugher, Armin (1994), *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*, Bonn.
- Rosenberger, Sieglinde Katharina (2001), Demokratie und / versus Populismus, in: Andrei Markovits / dies. (Hg.), *Demokratie. Modus und Telos*, Wien, S. 101-116.
- Ross, Andreas (2002), Vereint gegen Europa, in: *ZEIT-Dokumente* Nr. 4, S. 31-32.
- Rusconi, Gian Enrico (2002), Berlusconismo. Neuer Faschismus oder demokratischer Populismus?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47 (8), S. 973-980.
- Scharenberg, Albert (2005), Rückkehr der Führer? Rechtsparteien in Europa, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 50 (5), S. 571-582.
- Scharsach, Hans-Henning (2002), *Rückwärts nach rechts. Europas Populisten*, Wien.
- Taggart, Paul (1996), *The New Populism and the New Politics. New Protest Parties in Sweden in a Comparative Perspective*, Houndmills / London.
- Taggart, Paul (2000), *Populism*, Buckingham / Philadelphia.
- Taggart, Paul (2004), Populism and Representative Politics, in: *Journal of Political Ideologies* 9 (3), S. 269-288.
- Taguieff, Pierre-André (2002), *L'illusion populiste. De l'archaïque au médiatique*, Paris.
- Werz, Nikolaus, Hg. (2003), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen.